



Lippstädter Netzwerk für Frieden und Solidarität e.V.
Brehmweg 2 59557 Lippstadt

Sprecher/innen:
Margot Bell
Michael Tack

Tel.: 0 29 41 – 968 94 70
0 29 41 – 61346

kontakt@netzwerk-lippstadt.de
www.netzwerk-lippstadt.de

Ihr Zeichen

Ihr Schreiben vom

Unser Zeichen

Datum

14.05.24

Am 27.03. hat die Härtefallkommission des Landes NRW ihre Beurteilung zu Frau Morad an die Stadt Lippstadt geschickt und sie ersucht, aufgrund der in Bulgarien persönlich erlittenen Gewalt und der Familienentzweiung aufgrund einer missglückten gemeinsamen Flucht, Frau Morad gem. §23a, Abs 1 Aufenthaltsgesetz eine Aufenthaltserlaubnis zu erteilen.

Erst einen Monat später, am 23.04. antwortet Bürgermeister Moritz und das Schreiben erreicht das Netzwerk dann erneut zwei Wochen verspätet am 06.05.

Allein diese Verzögerungstaktik ist schon eine Frechheit gegenüber den Frau Morad betreuenden Personen und eine unglaubliche Ignoranz gegenüber den enormen Ängsten bei Frau Morad selber.

Der Bürgermeister macht aus rein finanziellen Gründen von seinem Ermessensspielraum Gebrauch, da Frau Morad derzeit wirtschaftlich nicht auf eigenen Füßen stehen kann.

Dieser finanzielle Aspekt ist ökonomisch betrachtet völliger Unsinn. Lippstadt müsste Frau Morad zwar durch die Ausbildung hindurch unterstützen. Danach würde sie, die sie im Pflegebereich arbeiten möchte, jedoch 40 Jahre lang Steuern zahlen und bei unserem enormen Fachkräftemangel der Gesellschaft insgesamt weit mehr zurückgeben, als wir in sie investieren mussten.

Frau Berglar-Klusmann vom Autohaus Berglar erklärt im „Patriot“, dass zum Aufschwung im Handwerk praktische Lösungen für den Berufseinstieg von Geflüchteten notwendig seien und formuliert damit für Lippstadt das, was die Wirtschaftsinstitute und selbst Herr Fuest (ifo), den man nun wahrhaftig nicht in eine politisch linke Ecke stellen kann, für ganz Deutschland fordern, nämlich ein Umdenken zum Wohle der Wirtschaft.

Hier offenbart sich die geballte ökonomische Inkompetenz von BM Moritz.

Zur Erinnerung: Frau Morad hat bereits Asyl zugesprochen bekommen – es geht hier also nicht um die klassische irreguläre Zuwanderung, sondern um eine in der EU zum Asyl berechnigte



Person! Somit geht es bei Frau Morad auch nicht mehr um die Frage: Berechtigung zum Asyl oder nicht, sondern um eine Ausnahmegenehmigung im Rahmen des Schengen-Verfahrens zwecks Familienzusammenführung und Schutz der Menschenwürde.

Mit keinem einzigen Wort gehen Bürgermeister und Ausländeramt auf die inhaltlichen Ausführungen der Härtefallkommission ein. Das nährt den Verdacht, dass man gar nicht inhaltlich geprüft hat, da man von vorneherein auf „Abschiebung gebürstet“ war und nur „formal“ das Härtefallverfahren abgewartet hat. Das zeigt eine erschreckende menschliche Kälte.

Gewalt gegen Flüchtlinge, wie sie auch Frau Morad erfahren musste, hat im Falle von Griechenland zu einem generellen Ausweisungstopp geführt. Der EuGH sieht die Ausweisungen nach Bulgarien ebenfalls deutlich kritisch und fordert von den Kommunen, sicherzustellen, dass ausgewiesene Personen keiner Behandlung gegen die Menschenwürde ausgesetzt sein werden. Bereits 2019 hat der EuGH geurteilt, dass bei menschenunwürdigen Zuständen in anderen EU-Staaten neue Asylanträge zulässig sind. Konkret ging es dabei um einen Flüchtling aus Syrien und den Zuständen in Bulgarien, also quasi eine Blaupause für Frau Morad.

Das Bundesverwaltungsgericht (BVG) der Schweiz hat mit Urteil E4498/2018 vom 19.11.2018 einer Beschwerde gegen die Ausweisung einer Frau stattgegeben, der in Bulgarien in exakt gleicher Weise wie Frau Morad, Gewalt angetan wurde.

Das bulgarische Helsinki-Komitee hat in einem vom Europäischen Flüchtlingsrat publizierten Bericht (2019) festgestellt, dass staatliche Integrationsbeihilfen in Bulgarien praktisch nicht existieren. Wenn anerkannte Flüchtlinge also nach 6 Monaten die offenen Gemeinschaftslager verlassen müssen, landen sie in der Obdachlosigkeit. Denn für eine Wohnung mit Mietvertrag benötigt man gültige Ausweispapiere und die bekommt man nur mit einem Wohnsitz! Der gleiche Teufelskreis gilt für den Zugang zur Sozialhilfe! Frau Morad hat in Bulgarien gar keine reelle Chance auf ein menschenwürdiges Leben. Ihre Ausreiseverpflichtung bedeutet mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit die Abschiebung in Obdachlosigkeit oder noch Schlimmeres.

Zudem gibt es in Bulgarien ab dem Tag der Anerkennung als Flüchtling keinerlei staatliche Krankenversicherung mehr. WHO und EU beklagen eine schwierige Versorgungslage für international Schutzsuchende.

Das alles zusammengenommen ist – wenn der Rat der Stadt Lippstadt nicht noch auf letzte Minute ein Umdenken bei BM und Verwaltung bewegen kann - ein moralischer Offenbarungseid der Stadt Lippstadt.

In seinem Grußwort bei der Demonstration am 17. Februar hat BM Moritz den 3.000 anwesenden Bürgerinnen und Bürgern gegenüber betont, dass – bei aller unterschiedlichen Sicht auf die Flüchtlingsproblematik - eines uns alle einen würde: die Menschenwürde sei unantastbar. Heute stellen wir fest: alles Makulatur!

Lippstädter Netzwerk für Frieden und Solidarität e.V.
Brehmweg 2 59557 Lippstadt



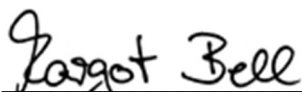
Wenn dieser Tage mehr als 700 Theologen und Theologinnen sowohl der evangelischen als auch der röm.-kath. Kirche inkl. der Deutschen Bischofskonferenz als deren oberstes Organ gegen die Aushöhlung des Grundgesetzes durch den CDU-Parteitag protestieren (GG, Art. 16a, Politisch Verfolgte genießen Asylrecht), so lässt sich das auf Lippstadt herunterbrechen: „Nichts ist unchristlicher als Menschen in Not zurückzulassen und sich der eigenen Verantwortung billig zu entledigen“, so heißt es bei der Ök. Bundesarbeitsgemeinschaft Asyl in der Kirche.

Das „C“ in der DU sollte nicht zu reiner Folklore verkommen, sondern einen inhaltlichen Anspruch an die Mitglieder darstellen.

Papst Franziskus hat zur Weltfamiliensynode 2015 Math. 2,27 so in die heutige Zeit übertragen: „Gesetze sind für den Menschen gemacht und nicht umgekehrt“. Mehr braucht es nicht an Argumentation, um seinen Ermessensspielraum in christlichem Sinn für eine Ausnahme von der gesetzlichen Regel zu nutzen. Die CDU betont im Allgemeinen den Wert der Familie und doch reißen hier BM Moritz und sein Ausländeramt mutwillig und ohne zwingende Not eine Familie brutal auseinander.

Frau Morad wird in die Hölle geschickt – dies ist ein letzter verzweifelter Versuch, über den Rat der Stadt Lippstadt die Verwaltung doch noch für eine Vernunftlösung erreichbar zu machen.

Mit freundlichen Grüßen


(Margot Bell, Sprecherin)


(Michael Tack, Sprecher)